



ANFRAGE		Vorlage Nr.:	2016/0183	
Stadtrat Jürgen Wenzel (FW)				
vom 15. April 2016				
Plan B für Kriegsstraßenumbau - Kombilösung				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	21.06.2016	29.1	x	

Von Anfang an stand die Finanzierung des Autotunnels in der Kriegsstraße mit GVFG-Mitteln auf „tönernen Beinen“. Der Bundesrechnungshof sieht aktuell eine Förderung nicht gegeben.

- A. Auch wenn von Anfang die Finanzierung des Autotunnels in der Kriegsstraße mit GVFG-Mitteln auf „tönernen Beinen“ stand. Antwortete die Verwaltung auf unsere Anfragen stets mit größtem Optimismus. Angesichts eines „äußerst kritischen Haushaltes“ kann es ein „Augen zu und durch“ nicht mehr geben. Welchen „Plan B“ hat die Verwaltung, sollten die Zuschüsse durch Bund und Land tatsächlich entfallen?
1. Hat sich der Bundesrechnungshof bis dato auch zum Vorhaben „Straßenbahn in der Kriegsstraße mit Straßentunnel“ geäußert?
 2. Wenn JA – seit wann sind der Verwaltung die Bedenken des Bundesrechnungshofes bekannt und wie wurde darauf reagiert?
- B. Die Zuschüsse und Kosten für die Kombilösung laufen nicht 1:1 parallel mit den Bauausgaben. Es muss Zwischen- und Endfinanziert werden. Wenn die gesamte Kombilösung insgesamt ca. 900 Million Euro kosten soll, müssen grob gerechnet noch 100 Millionen Euro für die noch nicht gebaute Infrastruktur und 200 Millionen Euro für die noch nicht gebaute Kriegsstraße abgesetzt werden. Dies würde bedeuten, dass ca. 600 Millionen Euro bisher verbaut worden sind. Glaubt man den Veröffentlichungen, dann müssten bisher ca. 360 Millionen Euro an Gesamtzuschüsse geflossen bzw. gebilligt worden sein, was einer Differenz von 240 Millionen Euro entspricht, die nicht gefördert werden. Kann diese Berechnung bestätigt werden?
1. Wenn diese Berechnung nicht stimmt – bitte wir um Offenlegung der aktuellen Kosten-/Fördermittelausgleiches und um Darlegung der nicht förderungsfähigen Gesamtsumme und wie diese beglichen werden soll, dann der vorgesehene Ausgleich über die KVVH nicht mehr gegeben ist?
 2. Wurden die Zuschussgeber laufend über Kostensteigerungen informiert?
 3. Wurden sämtliche Kosten wie etwa die gestiegenen Entschädigungen bei den standardisierten Bewertungen berücksichtigt?
 4. Wenn NEIN – werden diese dann aus dem städtischen Haushalt ohne weitere Zuschüsse getragen?

-
- C. Worum handelt es sich bei der von OB Mentrup erwähnten „Umsatzsteuerthematik“?
1. Seit wann ist diese bekannt und wie wurde darauf reagiert?
 2. Auf wessen Fehler ist die Thematik zurückzuführen?

Sachverhalt / Begründung:

In unserer Anfrage vom 8. August 2015, haben wir u. a. darauf hingewiesen, dass in einem Schreiben des Bundesrechnungshofes, das am 20. Mai 2015 in der "Stuttgarter Zeitung" veröffentlicht wurde, dieser zu der "Einschätzung" kommt, dass die Wirtschaftlichkeit des Kombi-Projektes nicht mehr gegeben sein dürfte. Der Bundesrechnungshof forderte "einen aktualisierten positiven Nachweis der Wirtschaftlichkeit", weil ansonsten "dem Vorhaben die Fördervoraussetzungen entzogen wären". Während sich aktuell an der Haltung des Bundesrechnungshofes nichts geändert hat, zieht die Verwaltung in Sachen Haushaltsstabilisierung die Notbremse und präsentiert der Öffentlichkeit eine „Liste der Grausamkeiten“ bezüglich Gebühren- und Steuererhöhungen sowie Einsparmaßnahmen.

unterzeichnet von:
Jürgen Wenzel